

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigentum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redakteur: Julius Reichardt.

Nr. 54. Achtzehnter Jahrgang.

Witredakteur: Dr. Emil Bierrey.
Für das Heft: Ludwig Hartmann.

Dresden, Sonntag, 23. Februar 1873.

Politisches.

Nachdem jetzt auch das preußische Herrenhaus zwei Mitglieder in die Eisenbahn-Untersuchungskommission gewählt hat (v. Tettau und Prof. Baumhart), wird dieselbe wohl alsdann ihre Tätigkeit eröffnen können. Die Zweijährigkeit bis dahin wird durch scandalöse Enthüllungen über das Treiben gewisser Preßkatastrophen ausgefüllt. Daß Bismarck kein Freund der parlamentarischen Untersuchungskommission war, pfeifen alle Sperrlinge von den Dächern; hat er doch am Tage der ersten Loserschen Rede den Geh. Rath Wagner in seiner Wohnung besucht und von diesem die Versicherung erhalten, er werde seine Unschuld beweisen können. Bismarck hat hierauf die Anweisung ertheilt, den Antrag Losers als einen Fehler der Partei Losers in der Presse darzustellen und zu bekämpfen. Ein gewisser Dr. Robolatzky (derselbe, beiläufig bemerkte, der 1868 unter dem Civilgouverneur Sachsen, Herrn v. Warmb, als Preßagent in Dresden eine sehr bemerkenswerthe Rolle spielt) unterzog sich diesem Auftrage in herzlich ungeschickter Weise, verriet, daß Bismarck selberborn über Losers sei, und zog sich dadurch einen scharfen Verweis des Oberpräsidenten Dr. Legidi zu. Beide beschuldigen sich jetzt des Preßkatastrophen und liefern damit die schlagendsten Beweise, wie die öffentliche Meinung in Deutschland gemacht wird. — Von der Thatigkeit des Bundesrates ist zu bemerken, daß ein Gesetz über Verjüngung der Witwen von Reichsbeamten ausgearbeitet wird. Die Witwen sollen aus Reichsmitteln eine nach dem leichten Gehalte ihres verstorbenen Ehemannes bewessene prozentuale Pension bekommen. Die Ehemänner sind nicht verpflichtet, bei Lebzeiten Beiträge in die Pensionskasse zu zahlen. Diese große Vergünstigung wird veranlaßt durch die günstigen Pensionssätze der süddeutschen Beamten. — Preußen ist deshalb gegen Publikation des vom Reichstage beschlossenen Reichsbeamtengegesetzes, weil darin steht, daß die Reichsbeamten communalsteuerpflichtig sein sollen.

Im englischen Unterhause hat ein Gesetz, wenn auch mit schwacher Mehrheit, Annahme gefunden, welches das Eingehen einer Ehe mit der Schwester des verstorbenen Frey dem Wittwer gestattet will. Gegen dieses sogenannte Schwägeringegesetz hat sich eine Deputation lediger Frauenzimmer erklärt, die es für Fugus halten, wenn eine Witwe das zweite Mal heirathet, während viele Mädchen noch gar nicht unter die Haube gekommen sind. Man fürchtet, daß das Oberhaus — aus kirchlichen Gründen — das Schwägeringegesetz verwerfen wird.

Frankreich war voller Gerüchte über beschleunigte Zahlung der Milliarden; sicher ist nur, daß, wie „Bien public“ sich ausdrückt, das freudige Ereignis der Nähmung Frankreichs durch die Deutschen noch in diesem Jahre eintreten wird. Neben der Sorge, uns finanziell gerecht zu werden, hat Frankreich freilich gar manche schwere Ausgabe. Die Provinzen verlangen für ihr letztes Kriegsschaden eine Entschädigung von 100, Paris eine von 140 Millionen francs. Thiers sucht sich dadurch in Paris bestellt zu machen, daß er dieser Stadt, „deren glorreicher Vater“ — die Ehre von ganz Frankreich getragen habe, allein die Entschädigung zuwenden. Die Commission der Nationalversammlung beschloß jedoch gerecht, daß die Reize aller Kriegsentschädigungen ungemein behanteilt werden müsse. — Der Verfassungsausschuss hat die Waffen gestreikt und im Wesentlichen alle Vorschläge der Regierung angenommen, die er bisher verworfen hat. Allerdings braucht die Nationalversammlung nicht gerade ihr politisches Testament zu machen, aber sie stimmt einigen Einrichtungen zu, um der jüngsten republikanischen Staatsform ihr provisorisches Dasein zu verlängern. — Das Wahlgesetz ist infsofern von ihr abgeändert worden, daß in Zukunft eine Wahl nur dann gültig ist, wenn ein Viertel aller eingetragenen Wähler sich an ihr beteiligt hat und eine absolute Mehrheit für den Bewohner erreicht ist. Damit will man die Conservativen aus dem bleischwarzen Schlafe, in dem sie sich von dem Wahlgange fern halten, aufzufrütteln. — Da Attentate auf einzelne Soldaten der französischen Armee fortzuhauen, hat der Kriegsminister ein Schreiben erlassen, worin es heißt, daß die Uniform nicht bloß dem Soldaten die Pflicht auferlegt, überall das Beispiel guter Aufführung, Anstand und Achtung vor den Gelehrten zu geben, sondern auch das Recht giebt, respektirt zu werden und von der Waffe Gebrauch zu machen, wenn deren Träger angegriffen wird.

Der Carlistenaufstand scheint in ganz Spanien im Nachhinein begreif zu sein. Lächerlich ist es, wenn man in Spanien glaubt, ein deutscher Fürst, wie der Prinz von Hohenlohe, werde sich noch der vom Haupt des Almodos herabgezögerten Königskrone bilden. Es war einer der dümmsten Streiche Napoléon's, daß er den Prinzen Leopold von Hohenlohe verhinderte, König von Spanien zu werden; jetzt wäre diese Königskrone erst recht ein Dornenkrone.

Vocales und Sachsisches.

— Nur mit sehr gemischten Gefühlen wird die Bevölkerung Dresdens vernehmen, daß die Eisenbahndeputation der 2. Kammer (Prof. Staus) beantragt, die Forderung von 800,000 Thlr. für Verlegung des Böhmisches Bahnhofs abzulehnen. In einer

beinahe burschikos Klingenden Sprache bemerkt der Bericht, daß diese Forderung wenig Anlang gefunden habe, weil 1. in und um Dresden, auch in anderen Orten ähnliche oder auch noch größere Verlehrerschwerungen durch Eisenbahnlinien bestehen und nicht abgeändert werden können, sondern ruhig ertragen werden müssen, und weil man 2. den Staat nicht für verpflichtet erachtet, mit früher im freien Gelde bestandenen Eisenbahnlinien sofort gutmütig auf eigene Kosten auszuweichen und sie unverheilhaft anderwo anzulegen, wenn es den anliegenden Grundstückseigentümern gefällt und gelingt, ihre Helder mit Vortheil als Baugeland zu verkaufen. Es heißt dann weiter, daß die Bahn schon 25 Jahre besteht, und wen nahe an sie herantritt, sich nach ihr richtet muß. Die Verlehrerschwerungen bei den Niveauübergängen trafen ja nur die Bevölkerung, die über der Bahn drüber wohne oder zu thun habe; man könne ja auch die Bergstraße gehen oder die Uebergänge nach Strehlen zu benutzen. Die Freiberger Straße, der Rosenweg, die Lößnitzer Straße &c. mühten sich auch solche Störungen gefallen lassen, und die Bahn werde für alle Zeiten (?) über den freien Platz gehen müssen. Bis jetzt sei an den Niveauübergängen noch kein Unglück passirt, wohl aber bei den Pferdebahn. Die Gefährlichkeit der Passage auf dem Schloßplatz und am Georgentore müsse auch ertragen werden, und gott erkennt in London!! da müsse erst das Publikum sich viele Störungen an den Straßenkreuzungen gefallen lassen. Der Bericht will auch nicht die jetzige gerade Bahn in eine Kopfstation einmünden lassen. Jedenfalls gehe der Eisenbahnverkehr allem Anderen vor. Die Stadt Dresden könne vielleicht einen Theil der Kosten für anderweitig zu schaffende Verlehrerschwerungen am Ende der Brüder Straße beitragen. Auch haben sich die Gemeinden Strehlen, Bischetti und Rötha gegen die Durchschniedung ihrer Gütern erkämpft. Endts: die Forderung soll abgelehnt werden.

— Seltens ist eine Mittheilung der Regierung dergestalter ausgestattet gewesen, als das, was der Justizminister Abeten dem Landtag über die projektierte Verwendung von 500,000 Thlr.

zu Justizneubauten in Dresden vermeldet hatte. Wie der von der gesammelten Finanzdeputation der 2. Kammer durch Dr. Mengsh erstattete Bericht ausweist, gibt das betreffende königliche Decret gar keinen genügenden Aufschluß, wie hoch sich der Justizpalast unter Berücksichtigung des Zeughauses, der betreffenden Kaserne &c. wie hoch sich weiter die innere Einrichtung desselben und ein außerhalb Dresdens zu erbauendes Straßhaus stellen wird. Ja, noch mehr! Der Kriegsminister giebt die Zeughauskaserne nur dann für Justizwände ab, wenn der Staat auch zugleich das Zeughaus kauf, und um die Sache recht verbreitigt zu machen, so hat der Justizminister, wie sich nachträglich ergeben, auf der kleinen Schiebgasse 9 Gebäude fest, d. h. ohne Vorbehalt der ständischen Genehmigung, gelaufen! Die Deputation billigt das Verfahren des Kriegsministers, daß er nicht für seine alten Gebäude eine umständliche und schwierige Ermittelung des Kostenpreises aufstelle, sondern vom Staate Sachsen die Mittel für einen in Neustadt anzuschaffenden Neubau verlange. Die Errichtung eines Kriegsarsenals mit Werkstätten, Bureaux, Schmieden, Drehereien, Dampfmaschinen, vorliegender Escarpe, Räumen zur Bergung der Geschütze, Gewehre, Hieb- und Stichwaffen &c. kostet 760,000 Thlr., die Erbauung einer Kaserne für 1 Bataillon zur Bewachung des Kriegsarsenals 200,000 Thlr., das Areal, vom Staate und Privatleuten zu kaufen, 105,000 Thlr. Also verlangt der Kriegsminister für Abtragung des Zeughauses und der Kaserne vom Staate rund 1,100,000 Thlr. Das Reich hat dann noch 120,000 Thlr. für Schuppen zu 1200 Fußwürden &c. beizutragen. Von jenen 1,100,000 Thlr. beansprucht nun der Justizpalast für 142,000 Thlr. Areal; er verlangt weiter das 22,000 Thlr. werthe Kassenhaus und die Gerichtsgebäude Nr. 9 und 11 auf der Landhausstraße, die — sehr niedrig! — zu 100,000 Thlr. veranschlagt werden. Die innere Einrichtung des Justizpalastes veranschlagt die Regierung zu nur 30,000 Thlr.; die Deputation meint aber, daß 4 große Säle mit Tribünen, 12 kleine Säle, 200 zweiflügelige Expeditionszimmer, 12 Vorzimmer u. s. w. u. s. w. einzurichten, nicht unter 60, ob 90,000 Thlr. angeben wird. Weiter hält der Justizminister, und gewiß mit Recht, die Errichtung eines besonderen Straßhauses zur Vollstreckung von Gefangenstrafen im Interesse einer zweckmäßigen und humanen Strafvollstreckung für erforderlich. Dasselbe kann auf den Plattenhof zu stehen, es würde 134,000 Thlr. kosten. Nunzt man dazu die vom Justizminister auf eigene Rechnung angelaufene Privathäuser 190,000 Thlr., so kommen die Justizneubauten auf schlechtgerechnet 1 Million zu stehen. Mit Recht wundert sich die Deputation, wie der Minister nur von 500,000 Thlr. spricht und die Klärstellung aller dieser Verhältnisse und die Zusammenrechnung aller Summen der Kammer überlassen konnte. Jedenfalls hätte er aber nicht die Häuser auf seine Rechnung lau en sondern nur mit Vorbehalt abschließen sollen, fels ist, wenn er beim etwaigen Wiederverkaufe profitirte. Es handelt sich jetzt um Bewilligung von ca. 1,958,000 Thlr. und da weder der Kriegs noch der Justizminister bis jetzt fertige Anklage haben, die Justizneubauten aber nicht mit 500,000 Thlr. herstellen sind, so beantragt die Deputation, wenn auch leider da-

durch die Justizneubauten um 1 Jahr wieder verzögert werden voran aber nicht die Kämmer schuld ist. Das Justizministerium wolle bis zum nächsten Landtag eine neue Vorlage mit möglichst genauen Kostenanschlägen ausarbeiten, die Kämmer wolle vorläufig aber all bis dahin erfolgten Schritte der persönlichen Verantwortung des Justizministers überlassen. Diese bedeutungsvollen Anträge sind um so gewichtiger, als Abgeordnete aller Partien sie gestellt haben und Habermann und Starke nur nicht jede Motivierung derselben billigen. Gegen diese Anträge haben auch die Agl. Commissarien Einwendungen nicht erhoben.

— Landtag. In der 2. Kammer wurde gestern der Antrag Dr. Biermanns in folgender Fassung, die ihm Rei. Koerner gegeben hatte, gegen die Stimmen der Abg. Sachse und v. Oedt abgelehnt angenommen: die Regierung wolle bei der Reichsgezegedung dafür wirken, daß das Reichsoberhaupt berücksichtigt wird, daß Maßgabe der fortiregenden Einheitslichkeit des Reichsgezegedung und des damit wachsenden Bedürfnisses gleichmäßiger Rechtsprechung zu einem obersten Gerichtshof für Reich ausgebildet werde. Der Minister Abeken hatte erklärt, daß die Regierung der Tendenz dieses Antrags nicht entsagen sei. Sie betrachte es als einen Ehrenpunkt, daß der Reichsoberhauptesgericht, wenn es möglich ist, Sachsen zu erhalten. — Abg. Wagners erklärte uns, zu berücksichtigen, daß er gestern nur Willkürgründe für die Entzündung der Bevölkerung vorgetragen habe und die Vernehmung dieser Bevölkerung durch die Polizei nicht gutgeheißen habe.

— Um die bei der Ablösung der Farben der Stempelmarken zu 2½ Agr. und 1½ Agr. möglichen Verwechslungen zu verhüten, hat das Finanzministerium die jetzt zur Ausgabe gelangende neue Ausgabe der Stempelmarken zu 2½ Agr., anstatt wie bisher mit rotenfarbigem, mit grünem Druck herstellen lassen. Ein Umtausch der noch vorhandenen älteren Marken zu 2½ Agr. gegen die neuen findet nicht statt, esse können vielmehr noch fortwährend zur Entrichtung der Stempelabgabe verwendet werden.

— Die Sachsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft hat es in den letzten Jahren sehr wohl verstanden, mit den feindlichen Verlehrerpräuden gleiches Schritt zu halten. Jetzt läßt sie in Blasewitz neben dem Schiffewest eine geschmackvolle Warte-halle erbauen und befriedigt damit allerdings ein dringendes Bedürfnis.

— Meteorologische Notizen und Anredeung des Witterungsanges. Man sieht die Wind-Richtungen ein in: behänig, patientig und veränderlich. Die zuletzt genannten, durch Warme- oder elektrische Vergänge verursacht, haben ein Centrum der Erregung, und erstreden sich von hier aus auf einen größeren oder kleineren Kreis der bewirkten Luft-Bewegung. Ein sehr hoher und ein sehr niedriger Barometerstand zeigen stets eine derartige Störung der atmosphärischen regulären Zustände an. Der Ort, an welchem ein sehr hoher Barometerstand statt hat, befindet sich außerhalb des bezeichneten Kreises der durch den lokalen Vorgang bewirkten Luftbewegung, der Ort, an welchem ein sehr niedriger Barometerstand stattfindet, ist innerhalb derselben, dabei mehr oder weniger vom Centrum entfernt, wo durch Vergleichung der Barometerstände seiner Umgebung ermittelt werden kann. Ein sehr hoher Barometerstand ist selten mit Niederschlägen verbunden, und wenn eren erfolgen, so sind sie schnell vorübergehend. Ein sehr niedriger Barometerstand kann wohl auf kurze Zeit von schönem Wettr und ruhiger Luft begleitet sein, aber sehr bald darauf treten gewöhnlich starke Luftbewegung und Niederschläge ein. — In dieser Woche wird zunächst eine stärkere Luftstromung meistens bewölten Himmel verursachen, dann werden Niederschläge stattfinden und die Temperatur wird sich etwas erniedrigen. — Barometrius.

— Wer jetzt den lustigen Wintergarten Südices besichtigt, verläume nicht, eine hier zu Ende große Seltenheit, einen Kaffeebaum mit Früchten zu beschätigen. Es sind allerdings nur erst zwei der selben vorhanden — der Baum ist klein — aber man hat doch die Vorstellung dieses bis zum 36° n. Br. an vielen Orten kultivierten aus Abyssinien stammenden Baumes. Jede der Früchte enthält zwei Kaffeebohnen. Die an Kaffee reichen Blätter des Kaffeebaumes geben einen vorzüglichen Thee. Der hier beregte Kaffeebaum, oder richtig der Baum, findet man im Palmenhaus in der äußersten linken Ecke vom Eingange aus. Der Camellien-Hof steht jetzt in üppigster Entfaltung, selbst von den Deckensternen herab hängen die purpurroten und blühend weißen Blumen; die zahlreichen Varietäten entzünden das Auge. Der Anblick von der Thür aus durch den weiten Raum des Camellenhauses ist ein feenhafte — bezaubernd. In den stillen, lachigen Ruhe-Wäldchen, inmitten des Duitmores dieses Wintergartens sitzt sich's ungemein annehm und behaglich.

— Der hiesige Kaufmann Franz Hermann Lust, ein junger lediger Mann von 26 Jahren, welcher unsern früheren Mitteilungen und den seitensgewichen öffentlichen Bekanntmachungen zufolge am 5. d. M. von hier abgereist, zuletzt in Leipzig gesehen worden und seitdem verschwunden, ist, wie man schon vermutete, wirklich jener unbekannte Herr gewesen, welcher sich in den Nachmittagsstunden des 5. d. im Elsterflusse bei Groß-